

Bundesrat zieht gegen Russland in den Informationskrieg

Die Regierung will die Bürger vor «Beeinflussungsversuchen und Desinformation» schützen. Damit meint sie nicht die eigene Behördenpropaganda, nein, den Hauptfeind sieht sie in Moskau.

Philipp Gut



Berner Magistraten, wie sie sich gerne sehen.

Der Bundesrat meint, die Schweizer Bevölkerung vor «Beeinflussungsversuchen und Desinformation» besser schützen zu müssen. Unter diesem Titel hat er einen 27-seitigen Bericht vorgelegt, den die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats in einem Postulat verlangt hat. Dieses wiederum bezieht sich auf den Sicherheitspolitischen Bericht 2021 des Bundesrats, welcher «darlegte, dass Beeinflussungsaktivitäten politische Prozesse sabotieren sowie das Vertrauen der Bevölkerung in Institutionen untergraben können». So geht das in Bern: Man verschafft sich reihum Aufträge.

Bitte brav NZZ lesen!

Aber zurück zum Thema: Laut dem Bundesrat hat sich mit der «wachsenden Unsicherheit in Europa und globalen machtpolitischen Spannungen» die «Bedrohung durch Beeinflussungsaktivitäten, zu denen Desinformation zählt, weiter verstärkt». Der Einsatz von Mitteln, die zum Repertoire hybrider Konflikt-

führung zählten, nehme zu. Das Potenzial von «Beeinflussungsaktivitäten im Informationsraum» werde durch technologische Möglichkeiten vergrössert, «namentlich durch die künstliche Intelligenz und die Verbreitung von sozialen Medien». Letztere – also eine Form von Demokratisierung der Informations- und

Die Gefahr kommt für den Bundesrat einmal mehr oder immer noch oder wieder aus dem Osten.

Deutungsmacht, die zuvor fast ausschliesslich bei den klassischen Medien gelegen hatte – sind dem Bundesrat offensichtlich ein Dorn im Auge.

Diese dichotomische Wertung – hier die neuen und gefährlichen sozialen Medien, dort die guten alten Medien – zeigt sich etwa auch darin, dass die Regierung die von ihr diagnostizierte «Verwundbarkeit der Schweiz» durch eine «veränderte Mediennutzung» und «ten-

denziell abnehmendes Vertrauen in Medien» gesteigert sieht. Würden alle immer noch brav nur den *Blick* und den *Tages-Anzeiger* und die *NZZ* lesen, wäre für den Bundesrat die Welt also noch einigermaßen in Ordnung.

Putin als Bösewicht Nummer eins

Aber wer ist es denn nun, der uns, das Stimm- und Wahlvolk, derart desinformiert und beeinflusst, dass uns der Bundesrat vor ihm schützen zu müssen wähnt? Meint der Bundesrat vielleicht sich selbst? Meint er die notorischen Fehlinformationen im Abstimmungsbüchlein? Meint er die Berner Behördenpropaganda, die von den Folgen der Personenfreizügigkeit bis zur Schutzwirkung der Covid-Impfung reicht? Oder zielt er womöglich auf die laut alt Bundesrat Ueli Maurer (SVP) an «Korruption» grenzende Verschmelzung von Polit- und Medienmacht während der Pandemie (Stichwort: Berset-Ringier-Affäre)?

Nein. Davon ist im Bundesratsbericht kein Sterbenswörtchen zu lesen. Desinformieren und beeinflussen, das tun immer nur die anderen. Wo der Feind aus Sicht des Bundesrats hockt, deutet folgender Satz an: «Sicherheitspolitisch besonders relevant sind staatliche Beeinflussungsakteure, die offensiv andere Werte, Normen und politische Systeme propagieren und demokratische Institutionen untergraben wollen.» Das klingt fast wie zu Zeiten des Kalten Kriegs («Moskau einfach!»), aber was könnte denn heute, im 21. Jahrhundert, mit jenen «anderen politischen Systemen» gemeint sein?

Die Gefahr kommt für den Bundesrat in der Tat einmal mehr oder immer noch oder wieder aus dem Osten. Darauf deuten zunächst eher tastend in den Bericht eingestreute Bemerkungen hin. «Mit Russlands militärischer Aggression gegen die Ukraine ist Krieg zurück in Europa und die Sicherheitsordnung des Kontinents nachhaltig erschüttert», steht da beispielsweise. An anderer Stelle heisst es, der «Informationsraum» spiele eine wichtige Rolle in Konflikten, wie man «etwa im Krieg gegen die Ukraine oder rund um den Krieg zwischen Israel und der Hamas» sehe, wobei im letzteren

Fall unklar bleibt, vor wessen «Beeinflussungsaktivitäten» der Bundesrat sich mehr fürchtet: vor jenen Israels oder der Hamas?

Schliesslich lässt der Bundesrat die Katze aus dem Sack. Auf Seite drei des Berichts lesen wir: «Die Aktivitäten Russlands, aber auch Chinas, dürften mittel- und langfristig die grösste Relevanz für die Sicherheit der Schweiz behalten.» Konkret heisst es dazu: «Einem globalem Publikum bieten russische Kanäle in sozialen und Online-Medien eine alternative Interpretation, Desinformation und die gezielte Verfälschung der Realität in der Ukraine.»

Damit sind der Kreml und dessen Chef Wladimir Putin als Bösewicht Nummer eins markiert, in guter alter Vor-der-Wende-James-Bond-Manier. Ironische Randnotiz: Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats erteilte dem Bundesrat den Auftrag zum

Die EU hat ein weiteres Instrument geschaffen, um die sozialen Medien an die Kandare zu nehmen.

nun vorliegenden Bericht bereits im Januar 2022, also noch vor dem Angriff Russlands auf die Ukraine. Der neue Hauptfeind des Bundesrats im Informationshandel entstand mithin ad hoc und quasi unter der schreibenden Hand, als offenbar willkommenes Beispiel für eine ansonsten eher vage Bedrohungslage.

Allerdings stellt sich auch so die Frage, ob und inwiefern dieses ach so böse Russland tatsächlich die Absicht hat, die «demokratischen Institutionen» der Schweiz zu «untergraben», wie das der Bericht pathetisch verkündet. Nüchtern betrachtet, stellt man eher fest: Russland hat scharfe Kritik an der Vernachlässigung der Schweizer Neutralität geübt, ja, aber dass es etwas gegen die Demokratie der Eidgenossenschaft habe und sie zu destabilisieren suche, scheint doch eine recht gewagte These.

«Im Kern der Interessen der Schweiz steht die freie, faktenbasierte Meinungsbildung, namentlich für Wahlen und Abstimmungen», erklärt der Bundesrat. Glaubt er tatsächlich, dass Russland das strategische Ziel – und abgesehen davon die Mittel und Möglichkeiten – hat, die Meinungsbildung bei Wahlen und Abstimmungen in der Schweiz entscheidend zu beeinflussen? Und in welche Richtung, bitte, sollte es das unternehmen wollen?

Wie holzschnittartig dieses Bedrohungsszenario daher kommt, illustriert weiter folgende Feststellung des Berichts: «Auch westliche Staaten und Bündnisse sind im Informationsraum aktiv und versuchen, in politischen Diskussionen in anderen Ländern ihre Sicht einzubringen. Sie sind jedoch für die Schweiz sicherheitspolitisch nicht als Bedrohung einzustufen, wenn sie nicht die staatliche Ordnung der Schweiz und das Funktionieren demo-

kratischer Staatssysteme in Frage stellen oder untergraben.»

Beschädigt denn Russland, beschädigt selbst das kommunistische China unsere staatliche Ordnung und das Funktionieren unseres demokratischen Systems? Echt jetzt? Und, so wäre weiter in Verfolgung dieser bundesrätlichen Logik zu fragen, hält der Bundesrat die Schweiz, ihre Bürger, sich selbst am Ende für so schwach, so naiv, so beeinfluss- und steuerbar, dass er es irgendwelchen ausländischen Wühlmäusen zutraut, unsere in Jahrhunderten gefestigte demokratische Ordnung zum Einsturz zu bringen? Glaubt der Bundesrat wirklich selbst, was er da schreibt und sagt?

Die Übung läuft jedenfalls darauf hinaus, dass sich der Bundesrat einmal mehr eilfertig in Richtung EU und Nato bewegt, auch in diesem Bereich der Informationspolitik. Zitat aus dem Bericht, Seite 11: «Ab 2024 sollen alle unter der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU laufenden Missionen und Operationen fähig sein, Informationsmanipulation und ausländischer Einflussnahme zu begegnen. Die Nato wird gemäss ihrem Strategischen Konzept 2022 in ihre Fähigkeit investieren, sich auf hybride Bedrohungen wie Desinformation und Einflussnahme vorzubereiten.»

Meinungsvielfalt auf Brüsseler Art

Die EU hat denn auch vorgemacht, was sie unter der Bekämpfung angeblicher oder tatsächlicher Desinformation versteht, und «staatsnahe» russische Sender kurzerhand verboten – Meinungsvielfalt auf Brüsseler Art. Mit dem Digital Services Act hat die Brüsseler Bürokratie ein weiteres Instrument geschaffen, um die ihr zu freien, zu unkontrollierten sozialen Medien an die Kandare zu nehmen. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) spricht derweil allen Ernstes von «infodemics» und meint damit, dass es zu viele von ihr unabhängige Informationen insbesondere über ihre eigenen gesundheitspolitischen Massnahmen gebe – und dass diese abweichenden Äusserungen bekämpft werden müssten.

In diesem Fahrwasser bewegt sich nun auch der Schweizer Bundesrat, wenn er «Massnahmen» ergreift und «Einschränkungen von Beeinflussungsaktivitäten und Desinformation» vornimmt, die neben gesetzlichen Eingriffen auch «Prävention» und «Sensibilisierung» umfassen sollen. Explizit will der Bundesrat gemäss seinem Bericht (Seite 21) als eine dieser Massnahmen die Medienförderung wieder aufnehmen, die das Stimmvolk 2022 verworfen hat. Ironie dieser Geschichte: Die Bevölkerung lehnte eine stärkere Subventionierung der Medien mit dem Hauptargument ab, die Medien müssten vom Staat unabhängig bleiben, um kritisch berichten zu können und nicht zu sehr in den Sog staatlicher Beeinflussungsversuche zu geraten.

Bundesjurist flirtet mit der Sippenhaft

Marc Schinzel ist ein öffentlichkeitsbewusster Baselbieter FDP-Landrat, der sich gerne zu völkerrechtlichen und europapolitischen Fragen äussert – und dies immer im internationalistischen Sinn seines akademischen Lehrers René Rhinow.

Nun ist Marc Schinzel hauptberuflich aber im Bundesamt für Justiz tätig und dort für Religionsfragen zuständig. Auf dem Portal Online Reports rechnet der Religionsjurist mit verschiedenen Personen ab, die sich kritisch über die Abendmahlszene von Dragqueens anlässlich der Eröffnung der Olympischen Spiele in Paris geäussert haben. Schinzel spricht von «massiv überzogenen, primitiven, ja brutalen Reaktionen» auf die besagte Szene. Die Kunst- und Religionsfreiheit lasse selbst als widerwärtig wahrgenommene Kritik an religiösen Inhalten zu: «Das ist eine Errungenschaft der Aufklärung.»



Religionsfragen: Schinzel.

Unter anderem geht Marc Schinzel auf den früheren Churer Bischofsvikar Martin Griching los, weil dieser in der NZZ die Olympiadarbietung aus christlicher Sicht kritisiert hat. Griching sei unter dem «erkonservativen Bischof Vitus Huonder» der zweite Mann im Bistum gewesen. Und weiter: «In der langen Zeit des schlimmsten sexuellen Missbrauchs von Kindern und Jugendlichen durch kirchliche Würdenträger hörte man von Griching [...] nichts Vergleichbares.»

Ein FDP-Beamter, der für Religionsfragen zuständig ist, greift öffentlich einen Kirchenmann an. Und obwohl formell ein Liberaler, der von der Aufklärung schwärmt, hantiert er gleich doppelt mit der voraufklärerischen Sippenhaft – indem er ohne jeden Zusammenhang einen solchen zum inzwischen verstorbenen Bischof Huonder und zu den Missbrauchsfällen herstellt.

Da stellen sich Fragen: Hat Religionsfunktionär Marc Schinzel eine Ahnung, was während der Amtszeit von Bischof Huonder und Generalvikar Griching lief? Wurde Griching je sexueller Missbrauch vorgeworfen? Der Staatsdiener Schinzel gebe Antwort. Oder er schweige! *Christoph Mörgeli*